



Debattenbeitrag 07/2017

Für eine neue Sozial- und Wirtschaftspolitik

Wir sind überzeugt davon, dass eine neue Sozial- und Wirtschaftspolitik Antworten auf die drängenden Herausforderungen unserer Zeit liefert. In den Betrieben der Mitgliedsunternehmen von UnternehmensGrün werden viele alternative Ansätze bereits umgesetzt, wir tragen beispielhaft zur Integration bei und können daraus eine Reihe von Ideen für ein besseres Miteinander ableiten.

Hintergrund Gesellschaftliches Klima: Populist_innen kapern westliche Demokratien

Was die Menschen den Populist_innen zutreibt, ist zum Teil die Ablehnung des demokratischen Establishments, wohl auch der Demokratie schlechthin, oft aber auch reaktionäres und autoritäres Denken von Menschen, welche die Bedeutung von Gewaltenteilung, Pressefreiheit und andere Freiheitsrechte nicht verstehen. Ursache für den Erfolg der Populist_innen ist auch die Angst und Verunsicherung in allen Schichten über den Erhalt des sozialen Status als Folge ökonomischer Veränderungsprozesse, die mit dem Stichwort Globalisierung und Digitalisierung umschrieben werden können. Diese politischen Erscheinungsformen sind allerdings nicht neu, sondern ziehen sich bereits lange durch alle nationalen Gesellschaften.

Die Globalisierung kennt extreme Gewinner_innen, insbesondere die westlichen Eliten des Finanzkapitals, aber auch die gut gebildete Oberschicht in den entwickelten Ländern und breite Schichten in Entwicklungs- und Schwellenländern profitieren vom globalen Austausch von Waren und Dienstleistungen. Untere Einkommensbeziehende in hochentwickelten Ländern, meist ohne gute Ausbildung, sind hingegen objektiv abgehängt.

Der schnelle technologische Wandel und die Globalisierung eröffnen nach unserer Überzeugung vor allem viele Chancen. Die damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse ängstigen aber viele Menschen. Manche Berufe und tradierte gesellschaftliche Verhaltensmuster sind starken Veränderungen unterworfen. Die Ängste und Verunsicherungen werden von Populist_innen mit scheinbar einfachen Lösungen aufgegriffen, wie zum Beispiel Einwanderungsstopp und Abschottung, Reglementierungen zum Schutz vor muslimischer Überfremdung, allerdings ohne einen Ansatz den wirklichen Herausforderungen der Zukunft zu entgegnen.

Wirtschaftlicher Hintergrund: Die ökonomische Verunsicherung

Für UnternehmensGrün als Bundesverband der grünen Wirtschaft stehen ökonomische Antworten auf die erkennbare Verunsicherung im Mittelpunkt. Ihr muss durch Vorsorge entgegengetreten werden. Als Teil der Wirtschaft sehen wir auch uns und unsere eigenen Unternehmen in der Pflicht, gegen eine weitere Verunsicherung vorzugehen. Dazu gehören nach unserem Verständnis faire Löhne, die Einhaltung von Umweltstandards, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern (auch beim Gehaltsniveau) und ein Entgegenwirken gegen Diskriminierung von einzelnen Gruppen. So erfassen beispielsweise einige Mitgliedsunternehmen die gesellschaftlichen Auswirkungen ihrer Aktivitäten im Rahmen der Gemeinwohlbilanzierung, erstellen Nachhaltigkeitsberichte nach dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex oder GRI (Global Reporting Index) und engagieren sich vor Ort.



Gewinner_innen der Globalisierung sind nach unserer Überzeugung nicht nur die Superreichen mit Milliardenvermögen, sondern durchaus auch größere und breitere Bevölkerungsschichten, und zwar auf dem gesamten Planeten. Durch Bildung, Verbesserung der Infrastruktur (Internet, Elektrizität und Mobilität) und die Verfügbarkeit von Kapital haben auch Unternehmen aus weniger entwickelten Regionen Zugang zu unseren Märkten. Die Folge sind ökonomische Veränderungsprozesse, die von manchen als bedrohlich empfunden werden.

Finanzkrisen, Zukunftsangst und Verunsicherung führten bei Menschen in hochentwickelten Staaten zu Phantasien über irrationale Abschottung, die Ablehnung und Bekämpfung von fremden Religionen, die Ausgrenzung des Anderen, des Fremden aber auch zu solchen Absurditäten wie der „Ausländer-Maut“ der CSU. Ein großes Wählerpotenzial der Populist_innen sind **Abgehängte in strukturschwachen** Gebieten, vor allem im ländlichen Bereich. Landflucht ist kein Phänomen von Entwicklungs- und Schwellenländern, sondern findet mitten in unserem hochindustrialisierten Deutschland ebenso wie in allen anderen EU-Staaten statt. Zurückgehende Geburtenraten und der Wegzug der wenigen jungen und gut ausgebildeten Leute aus strukturschwachen Dörfern und Kleinstädten führen zur Vereinsamung den Zurückbleibenden und zu weiteren wirtschaftlichen Niedergang. Wo es nur noch wenige Läden, Arztpraxen und Gasthöfe gibt, Schulen und Kitas weit entfernt sind, greift ein Gefühl der Verloren- und Verlassenheit um sich. Fehlendes schnelles Internet tut ein Übriges.

Deshalb – aber nicht nur deshalb – bedarf es ernsthafter Änderungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig brauchen wir Angebote zur Weiterbildung und Hilfestellungen – aber auch mündige Bürger_innen, die die eigenen Lebensumstände aktiv selbst gestalten. Da Sozialpolitik bis heute nicht europäisch gedacht und umgesetzt wird, sind hier zunächst nationale Antworten gefordert. Mittelfristig streben wir für eine Neugestaltung der sozialen Absicherung nicht nur nationale, sondern auch europäische Regelungen an. Wirtschaftspolitische Maßnahmen können und müssen bereits heute europäisch und national formuliert werden.

Anforderungen an eine neue Finanzpolitik

Glaubwürdige Finanz- und Wirtschaftspolitik erfordert, dass Steueroasen effektiv ausgetrocknet werden und Steuervermeidung, insbesondere von international operierenden Konzernen, Finanz- und Anlagefonds effektiv und wirksam bekämpft wird. Internationale Verträge zumindest auf EU-Ebene müssen eine effektive Transaktionssteuer (Tobin-Steuer) schaffen. Mittelfristiges Ziel ist eine auch den ökologischen Fußabdruck abbildende Finanz- und Wirtschaftspolitik. Ob nun durch einzelne Maßnahmen oder umfassend wie die Gemeinwohlökonomie: Die meisten Deutschen und auch die meisten EU-Bürger_innen erwarten nach Befragungen einen Wandel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik hin zu mehr Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich. Gelingt dies den politisch Entscheidenden nicht, werden Populist_innen, die weit davon entfernt sind diese Probleme zu lösen, weiter erfolgreich Stimmen fangen.

Stärkung strukturschwacher Räume

Kleinteilige Wirtschaft ist ein weiterer wichtiger Pfeiler zur Stabilisierung ländlicher Regionen. Die Wertschätzung für die Region, für regionale Produkte und Wirtschaftskreisläufe muss geweckt und gestärkt werden. Die Lebensqualität der Landbewohner_innen durch Erhalt lebenswerter Kulturlandschaften, kulturelle Angebote für Junge und Alte sowie innovative Verkehrsangebote zu steigern sind weitere Voraussetzungen. Und auch hier gilt, dass die Eigeninitiative der Bürger_innen eingefordert werden kann, wenn es um Weiterbildung und Qualifizierung geht. Die Politik hat hierbei die Aufgabe für entsprechende Institutionen zu sorgen.



Soziale Absicherung

Für alle Menschen in Deutschland muss eine bezahlbare Krankenversicherung sowie eine Grundabsicherung im Alter sichergestellt werden. Es muss in Deutschland eine Diskussion darum geben, ob nicht derjenige, der zwei Jahrzehnte in Deutschland gelebt und gearbeitet hat, zumindest eine Rente in Höhe eines zu definierenden Grundsicherungsbetrags erhält, also ohne Anrechnung auf andere Sozialleistungen. De facto wäre dies ein bedingungsloses Grundeinkommen im Alter bzw. eine **bedingungslose Grundrente**. Die Diskussion über ein **bedingungsloses Grundeinkommen** ist erkennbar in der Welt und zeigt die sozialpolitische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte auf. Eine Absicherung aller Menschen, die in diesem Land z. B. 25 Jahre alt sind bzw. in diesem Land 25 Jahre gelebt haben, durch Zahlung eines bedingungslosen Grundeinkommens, könnte ein weiterer Ansatz sein, ein Grundvertrauen der Menschen in den Staat und seine Institutionen wiederherzustellen und so der allgemeinen Verunsicherung entgegenwirken. Selbstverständlich geht damit eine große Umverteilung einher. Die Demokratie muss sich aber diesen Herausforderungen stellen, in Zeiten großer Umbrüche, drohendem massenhaften Jobverlust und den ausstehenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, insbesondere mit tiefen Einschnitten für schlecht Ausgebildete.

Obschon eine Krankenversicherungspflicht besteht, sind viele Menschen in Deutschland nicht krankenversichert. Gerade geringverdienende Selbstständige können die oft horrenden Beiträge im Alter nicht aufbringen (oft mehr als 750,00 € im Monat). Ein einheitlicher Pro-Kopf-Beitrag für alle Bürger_innen mit einem einheitlichen Zugang zu einer **Krankenversicherung für alle** bietet den Ausweg. Voraussetzung ist aber, dass alle, also auch Selbstständige und Beamt_innen und nicht nur Arbeitnehmer, in die Kasse einzahlen. Für Geringverdienende und Kinder hat der Staat die Kosten (ca. 225,00 € im Monat) zu übernehmen. Wer eine Chefarztbehandlung oder andere zusätzliche Leistungen will, kann eine private Zusatzversicherung abschließen.

Mehr Netto vom Brutto

Arbeitnehmende im unteren Lohnbereich müssen mit einer Vollzeitstelle ein höheres Einkommen erzielen. Da sich der Mindestlohn nicht beliebig erhöhen lässt und im unteren Einkommensbereich ohnehin keine Steuern gezahlt werden (Einkommensteuer beginnt bei einem Jahreseinkommen von 11.000 Euro), müssen die Abzüge für Sozialversicherungsbeiträge vom Arbeitnehmendeneinkommen im Verdienstbereich bis 2.000 Euro brutto/mtl. reduziert werden, damit diesen Menschen mehr Netto vom Brutto verbleibt und auch der Anreiz zur Übernahme einer Beschäftigung steigt. Finanziert werden kann das aus dem wachsenden Beitragsaufkommen und hilfsweise aus Steuern.

Auch die kalte Progression im mittleren Einkommensbereich muss abgeschwächt werden und die steuerliche Belastung der monatlichen Bruttoeinkommen von 2.000 Euro bis 4.000 Euro erkennbar sinken.

Als Bundesverband der grünen Wirtschaft setzt sich UnternehmensGrün e.V. für eine gerechtere Gesellschaft ein. Wir brauchen in Deutschland eine Debatte, die die Inklusion von verunsicherten Menschen zurück in die Gesellschaft ermöglicht. Die hier aufgezeigten Veränderungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik können einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Dabei ist auch die Wirtschaft selbst in der Verantwortung – viele unserer Mitgliedsunternehmen gehen daher mit Leuchtturmcharakter voran.